



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

1. Sitzung, Montag, 21. Mai 2007, 9.30 Uhr

Vorsitz: *Lars Gubler (Grüne, Uitikon), jüngstes anwesendes Ratsmitglied*

Hans Meier (GLP, Glattfelden), ältestes anwesendes Ratsmitglied

Ursula Moor (SVP, Höri)

Verhandlungsgegenstände

Eröffnung der 1. Sitzung der neuen Legislatur

- Bestimmung der vorläufigen Ratssekretäre und Stimmzähler Seite 00003
- Ansprache des jüngsten anwesenden Ratsmitglieds Seite 00003
- Ansprache des ältesten anwesenden Ratsmitgliedes..... Seite 00006

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 00020
- Zuweisung von neuen Vorlagen Seite 00020
- Vorstösse, bei welchen die erstunterzeichnete Person auf das Ende der Legislatur 2003 – 2007 aus dem Rat ausgeschieden ist Seite 00020
- Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage*..... Seite 00021

2. Wahl der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2007/2008

(Präsidium, Vizepräsidium, 4 Mitglieder des Sekretariats und 8 übrige Mitglieder)

[KR-Nr. 138/2007](#)..... Seite 00008

3. Erhaltung der Ergebnisse der Erneuerungswahlen der Mitglieder des Kantonsrates vom 15. April 2007 für die Amtsdauer 2007 – 2011

Antrag des Regierungsrates vom 9. Mai 2007, **4405** ... Seite 00016

4. Ablegung des Amtsgelübdes durch die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates

Seite 00017

5. Risiken für Reputation der ZKB

Postulat Ruedi Lais (SP, Wallisellen) und Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich) vom 7. Mai 2007

KR-Nr. 127/2007, Antrag auf Dringlichkeit..... Seite 00021

6. Hochschule für Heilpädagogik

Postulat Claudio Schmid (SVP, Bülach), Esther Guyer (Grüne, Zürich) und Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf) vom 14. Mai 2007

KR-Nr. 141/2007, Antrag auf Dringlichkeit..... Seite 00024

Verschiedenes

– Fraktions- oder persönliche Erklärungen

- *Erklärung der SVP-Fraktion zum Thema «Bürger in die Irre geleitet»* Seite 00026

- *Erklärung der Grünen Fraktion zu den Freiluftversuchen von Genweizen der ETH und der Uni Zürich*..... Seite 00027

– *Konstituierung des Regierungsrates für die Amtsdauer 2007 bis 2011* Seite 00028

– Kantonsratswein..... Seite 00028

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 00029

Eröffnung der 1. Sitzung der neuen Legislatur

Bestimmung der vorläufigen Ratssekretäre

Lars Gubler (Grüne, Uitikon), jüngstes anwesendes Ratsmitglied: Sehr geschätzte Damen und Herren Regierungsräte, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur konstituierenden Sitzung. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bestimme als vorläufige Ratssekretäre:

- Jürg Leuthold, SVP, Aeugst am Albis
- Bernhard Egg, SP, Elgg
- Jürg Trachsel, SVP, Richterswil

Ich bestimme als vorläufige Stimmenzähler:

- Marcel Burlet, SP, Regensdorf
- Robert Brunner, Grüne, Steinmaur
- Thomas Vogel, FDP, Effretikon
- Christopher Vohdin, SVP, Zürich

Sie sind damit einverstanden.

Geschäftsordnung

Lars Gubler (Grüne, Uitikon), jüngstes anwesendes Ratsmitglied: Das Wort zur Traktandenliste wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

Ansprache des jüngsten anwesenden Mitglieds des Kantonsrates

Lars Gubler (Grüne, Uitikon), jüngstes anwesendes Ratsmitglied: Es freut mich, dass ich als jüngstes Ratsmitglied nun einige Worte zur Eröffnung der Legislatur an Sie richten darf.

Die Politik sei unvermittelt in mein Leben getreten, schrieb vergangene Woche eine Tageszeitung über mich. Das stimmt nicht ganz, denn immerhin habe ich direkt nach meinem 18. Geburtstag den Entschluss gefasst, einer politischen Partei, den Grünen, beizutreten. Mit 21 Jahren vertrete ich nun die Jugend in diesem Parlament. Ich sehe mich

aber nicht nur als Vertreter meiner Altersgenossen, sondern auch als Vermittler zwischen den Einwohnern des Kantons Zürich und dem Kantonsrat. Meine persönlichen Erfahrungen haben mir vor Augen geführt, dass sich nicht wenige Menschen im Kanton Zürich fragen, wozu unsere parlamentarische Arbeit eigentlich gut sei. Umso überraschter sind sie, wenn sehr junge Mitbürger politisches Interesse bekunden und sich engagieren, denn gerade die Jugend wird oft als besonders politikabstinent verschrieen. Tatsache ist, dass sich an den vergangenen Kantonsratswahlen gerade mal 34 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt haben. Das ausgesprochen tiefe Interesse der Bevölkerung an der Politik scheint also nicht das Problem einer bestimmten Generation zu sein.

Seit den Wahlen vor fünf Wochen habe ich, wie wohl einige von Ihnen, im Freundes- und Bekanntenkreis einerseits Freude, andererseits Erstaunen erlebt. Das sei doch eine grosse Verantwortung und viel Arbeit. Aber ich habe auch Achtung und Respekt vor dem politischen Engagement erfahren. So sind die Erwartungen an dieses Parlament hoch, und die Verantwortung seiner Mitglieder ist gross. Doch werden wir den Erwartungen gerecht? Nehmen wir die Verantwortung wahr? Ich frage Sie und mich selber: Wozu sind wir hier? Um uns die Zeit zu vertreiben? Da haben wohl die meisten von uns sonst genug Arbeit, die auf sie wartet. Oder um Geld zu verdienen? Da gibt es unzählige andere Möglichkeiten, um finanziell erfolgreich zu sein. Also sind wir hier, um uns in Szene zu setzen. Politiker gelten als Selbstdarsteller, die keine Gelegenheit auslassen, noch etwas mehr Redezeit zu erhaschen und nichts unversucht lassen, um in irgendeiner Art und Weise von öffentlichem Interesse zu sein. Es ist wohl ein anderer Grund, der uns hier in diesem Ratssaal trotz unterschiedlicher Anschauungen und Lösungsansätze arbeiten lässt. Es ist der Glaube an dieses direktdemokratische System, das in der Schweiz und im Kanton Zürich gültig ist. Zugegeben, es ist kein perfektes System. Die Demokratie sei das Beste unter allen schlechten Politsystemen, meinte schon der britische Premierminister Winston Churchill. Es liegt in der Natur unserer direkten Demokratie, dass sie ständig verbessert werden muss, denn auch die altherwürdige Schweiz ist nicht vor Veränderungen gefeit, und es ist deshalb nötig, gerade als Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Augen weit aufzumachen und unabhängig der politischen Couleur die Zeichen der Zeit zu erkennen. Wir haben die Verantwortung gegenüber jeder Zürcherin und jedem Zürcher, ein paar Tatsachen anzuerkennen und sie in die gesetzgeberische Arbeit einfliessen zu lassen.

Wir leben in einer globalisierten Welt. Dort, wo dies zu Problemen führt, müssen Lösungen gefunden werden. Auch im Kanton Zürich können wir Anreize schaffen, die zu möglichst lokalem und umweltschonendem Umgang mit natürlichen Ressourcen beitragen, unter anderem mit Hilfe innovativer technologischer Lösungen, die bereits vorhanden sind. Es braucht daher eine von Vernunft gesteuerte Politik, welche greifbare Lösungen für Umweltprobleme herbeiführt, denn eine grosse Mehrheit ist sich heute bewusst, dass es in Politik und Wirtschaft viele Schritte und Schrittschen Richtung Nachhaltigkeit braucht. Das bedeutet nichts anderes als Existenzsicherung in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Seit der industriellen Revolution hat sich die natürliche Umwelt stark verändert. Der technologische Fortschritt ist zwar bis heute ein Segen für die Menschen, doch er bedroht uns auch, indem wir durch ihn in der Lage sind, unsere natürlichen Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser und Nahrung mutwillig zu zerstören. Dass dies nicht in der Natur des Menschen liegt, wusste schon der Dichter Johann Wolfgang von Goethe, wie er uns in seiner Ballade vom Zauberlehrling zeigt. Der Zauberlehrling will sich nämlich schweisstreibende Putzarbeit ersparen, indem er einen Besen verzaubert. Doch der Besen macht sich selbstständig, und alles gerät ausser Kontrolle, wie der folgende kurze Ausschnitt aus der Ballade zeigt:

«Wärschtu doch der alte Besen!

Immer neue Güsse
bringt er schnell herein,
ach! und hundert Flüsse
stürzen auf mich ein.

Nein, nicht länger
kann ich's lassen;
will ihn fassen.»

Und die Situation entgleitet ihm weiter:

«Will dich fassen,
will dich halten
und das alte Holz behende
mit dem scharfen Beile spalten.

Seht, da kommt er schleppend wieder!
Wie ich mich nur auf dich werfe,
gleich, o Kobold, liegst du nieder.
Krachend trifft die glatte Schärfe.
Wahrlich! brav getroffen!

Seht, er ist entzwei!
 Nun kann ich hoffen,
 und ich atme frei!
 Wehe! wehe!
 Beide Teile
 stehn in Eile
 schon als Knechte
 völlig fertig in die Höhe!»

Keine Angst, ich bin zwar auch ein Lehrling, und zwar der politischen Arbeit im Kantonsrat, aber derartige Zaubertricks müssen Sie von mir nicht befürchten. Auf die Frage, wo ich als Verfechter der konsequenten Umweltschonung im traditionellen Links-rechts-Spektrum stehe, berufe ich mich auf den gesunden Menschenverstand und die Verantwortung für die Gesellschaft. Daher appelliere ich an Sie und mich, dass wir Verantwortung für künftige Generationen übernehmen. Auch müssen wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, sodass wir uns im gesetzgeberischen Prozess nicht selber behindern. Als Ihr Kollege ist es mein ehrliches Anliegen, konstruktiv und lösungsorientiert zu arbeiten, denn um echte Lösungen zu erreichen, braucht es uns alle, ob Greenhorn oder alter Hase.

Ich freue mich, mit Offenheit und gegenseitigem Respekt mein Mandat anzutreten. (*Applaus.*)

Ansprache des ältesten anwesenden Mitglieds des Kantonsrates

Hans Meier (Grüne, Glattfelden): Natürlich freue ich mich, dass ich nach einem langen Politikerleben zum ersten Mal auf dem Bock sitze und als Alterspräsident zu Ihnen sprechen darf.

Vor vier Jahren eröffneten zwei Vertreter der schweizerischen Volkspartei die Legislatur. Finanzfragen, Diskussionen um den Steuerfuss und das Schnüren von Sparpaketen standen im Zentrum der vergangenen vier Jahre. Nun eröffnen zwei Grüne die Legislatur. Gestatten Sie mir, dies als Zeichen zu sehen, dass in den nächsten vier Jahren ökologische Probleme und deren Lösung im Zentrum unserer Arbeit stehen werden.

Ich bin stolz auf meine zwei Bürgerrechte und liebe meine beiden Heimatgemeinden Uetikon am See und Glattfelden. Aufgewachsen bin ich im ehemaligen Fabrikdorf Uetikon. Gerne besuche ich immer wieder meine erste Heimatgemeinde. Mein Vater war von 1899 bis 1940 Arbeiter in der chemischen Fabrik Uetikon, vormals Gebrüder

Schnorf. Das ganze Dorf war damals von der Fabrik abhängig. Scherzhaft wurde Uetikon auch Schnorfikon genannt. Vor zwei Monaten wurde in einer von über 800 Stimmberechtigten besuchten Gemeindeversammlung die Umnutzung eines grossen Teils des am See gelegenen Fabrikareals abgelehnt. Fabrikherren, der Heimatschutz, die Denkmalpflege und Naturschützer fanden trotz Einsatz des Gemeinderates keinen gemeinsamen Weg. So bleibt die zonenkonforme Industrienutzung des an schönster Seelage gelegenen Geländes. Die Behörden von Gemeinde und Kanton sollten ein wachsames Auge auf die weitere Entwicklung haben. Ich nenne da einige Probleme: Altlastensanierung, Seeuferweg, freier Seezugang, Gewässerabstand bei allfälligen Neubauten. Auch sind die Besitzesverhältnisse des aufgeschütteten Konzessionslandes abzuklären.

Seit einem halben Jahrhundert wohne ich in meiner zweiten Heimatgemeinde, im Gottfried-Keller-Dorf Glattfelden. Bekanntlich arbeitete Gottfried Keller von 1861 bis 1876 als Staatsschreiber in diesem Haus. Dass er von 1862 bis 1866 zugleich Grossrat, das heisst Kantonsrat war, ist weniger bekannt. Schon nach einer Amtsdauer unterlag Keller gegenüber seinem eigenen Vetter Fritz Scheuchzer, dem Führer der Bülacher Demokraten und Volksmann durch und durch, während er selber, wie er einem Freund schrieb, als Liberaler, seinen Herren Bauern zu wenig modern demokratisch und zu viel bloss repräsentativ republikanisch war. Ich verehere Gottfried Keller. Seine bekannte selbstbiographische Figur, der Grüne Heinrich, trug mir wegen meiner politischen Tätigkeit den als Spottnamen gedachten «grüner Hans» ein. Bald wurde daraus ein Markenzeichen, mit dem ich viele Wahlkämpfe absolvierte. In Gottfried Kellers Novelle «Das Fähnlein der sieben Aufrechten» lässt er den Schneidermeister Hediger prophetische Worte aussprechen. «Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande wie anderwärts sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein. Dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen. Dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahmentuch.» Heute ist diese Zeit da – wieder einmal. Es zählt nur noch das Geld. Zweistellige Millionenbezüge von Managern – ich sage bewusst nicht Verdienst – bis zu dreistellige Milliardenbeträge bei so genannt freundlichen Firmenübernahmen oder feindlichen Übernahmeschlachten. Höchst bedenklich, dass sogar unsere Staatsbank beim Ausverkauf unserer Industrie mithilft und Spekulanten in die Hände spielt. All dies ist höchst bedenklich. Gottfried Keller hat

Recht. Jetzt gilt es, dem Teufel die Krallen zu zeigen. Jetzt wird es sich zeigen, ob Faden und Farbe noch gut sind an unserem Fahnen-tuch.

In der gleichen Novelle beschreibt Keller die Schweizer. «Wie kurzweilig ist es, dass es nicht einen eintönigen Schlag Schweizer gibt, sondern Zürcher und Berner, Unterwaldner und Neuenburger, Graubündner und Basler, sogar zweierlei Basler.» Ich möchte dies auf die Zusammensetzung unseres Rates anwenden. Dank dem doppelten Pukelsheim (*Wahlssystem nach Friedrich Pukelsheim*) ist unser Parlament bunter geworden. Da gibt es die SVP und Sozialdemokraten, Freisinnige und Christdemokraten, die EDU und die EVP, Alternative und Grüne, sogar zweierlei Grüne. Die Schweizer Demokraten und der «Hanf Ueli» wären zusätzliche Farbtupfer gewesen. Die neue Vielfältigkeit und das Fehlen von absoluten Mehrheiten schaffen neue Möglichkeiten, zwingen zu neuen Allianzen. Natürlich freut mich die Stärkung der Mitteparteien. Sie zwingt rechts und links zu stärkerem Aushandeln der Positionen. Ich hoffe und bin sicher, dass dies in gegenseitiger Achtung, Toleranz und Respekt geschehen wird. (*Applaus.*)

2. Wahl der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2007/2008

(Präsidium, Vizepräsidium, 4 Mitglieder des Sekretariates und 8 übrige Mitglieder)

[KR-Nr. 138/2007](#)

Hans Meier (Grüne, Glattfelden), ältestes anwesendes Ratsmitglied: Nach Paragraf 13 Absatz 1 Bestimmung a Kantonsratsgesetz ist für die Wahl des Präsidiums geheime Wahl vorgeschrieben.

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig

Ursula Moor, Höri,

zur Wahl als Präsidentin vor.

Hans Meier (Grüne, Glattfelden), ältestes anwesendes Ratsmitglied:
Vorgeschlagen ist Ursula Moor, Höri. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Die Tür ist zu schliessen und die Zahl der Anwesenden ist festzustellen.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	175
Eingegangene Stimmzettel	175
Davon leer	14
Davon ungültig	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	161

Absolutes Mehr	81 Stimmen
Gewählt ist Ursula Moor mit	157 Stimmen
Vereinzelte	<u>4 Stimmen</u>
Gleich massgebende Zahl von	161 Stimmen

Hans Meier (Grüne, Glattfelden), ältestes anwesendes Ratsmitglied:
Ursula Moor ich gratuliere Ihnen zu Ihrer ehrenvollen Wahl. (*Applaus. Von der Tribüne erschallen Alphornklänge.*)

Ratspräsidentin Ursula Moor: Ein besonderer Gruss geht an meine Familie und an die Höremer Delegation, angeführt vom Gemeinderats-Vizepräsidenten Christian Meier und seinen Kollegen.

Ich bedanke mich bei Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, ganz herzlich für das Vertrauen, das Sie mir mit meiner Wahl zur Präsidentin des Kantonsrates des eidgenössischen Standes Zürich ausgesprochen haben. Danken möchte ich aber auch allen Wählerinnen und Wählern, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben und mich am 15. April 2007 zum dritten Mal beauftragt haben, den Wahlbezirk Bülach im Kantonsrat zu vertreten. Ebenso danke ich meiner Kantonsratsfraktion, die mich vor zwei Jahren als zweite Vizepräsidentin nominiert hat.

Es ist für mich eine grosse Ehre, und es ist eine Bestätigung für all jene in meinem engeren Lebenskreis, die mich seit vielen Jahren unterstützen. Dies sind vor allem meine Familie und meine Freunde in Höri. In dieser Gemeinde habe ich nicht nur meine ersten politischen Erfahrungen gemacht, sondern auch erlebt, wie die Gemeinschaft einen

tragen kann, wie der gegenseitige Respekt und das Vertrauen den Einzelnen anspornt, Leistung zu zeigen und über sich hinauszuwachsen, aber gleichzeitig nicht zu vergessen, dass Erfolg auch immer mehr Verantwortung mit sich bringt. Meine Eltern können meine Wahl leider nicht mehr erleben, doch ihnen gilt mein Dank ebenso wie meinem Ehemann Paul und meinen Kindern Michèle und Yves und all jenen, die mich stets unterstützt und ermuntert haben, mich in das Geschäft der Politik einzulassen. Sich auf die Politik einlassen heisst, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und gleichzeitig spezifische Interessen zu vertreten. Letztlich sind wir aber vom Volk gewählt. Das sollten wir nicht vergessen, gerade wenn es darum geht, Entscheide von grosser Tragweite zu treffen. Bei allen Kompromissen in den Fraktionen und im tagespolitischen Geschäft ist es wichtig, seine eigenen Überzeugungen nicht zu vergessen.

Nicht nur in diesem Sinn ist mir die Eigenverantwortung ein Anliegen. Sie macht uns letztlich zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern, verantwortungsbewussten Politikerinnen und Politikern. Für seine Haltung ein- und seine Handlungen geradezustehen, Verantwortung zu übernehmen für die eigene Gesundheit, die eigene Sicherheit und wirtschaftliche Überlebensfähigkeit sind heutzutage leider oft vergessene Werte.

Eigeninitiative ist eine weitere Tugend, die ich hoch halte. Jeder hat in seinem Wirkungskreis die Möglichkeit, etwas zum Besseren zu verändern und nicht zu warten, bis sich die Umstände von allein wenden. Diese Eigeninitiative nicht nur in den Dienst des Eigeninteresses zu stellen, sondern auch für seine Familie, seine Schule, seinen Verein, seine Gemeinde oder seinen Kanton einzusetzen, ist wahrer Bürgersinn. Durch unsere Eigenverantwortung und unsere Eigeninitiative stärken wir unser Gemeinwesen. Wir stärken es nicht mit Forderungen an den Staat als abstraktes Gebilde, uns unangenehme Aufgaben abzunehmen. Denn diese Haltung führt dazu, dass in unserem Kanton nicht mehr Unternehmen, sondern unsere Verwaltung am meisten neue Arbeitsplätze schafft.

Zu viel gut gemeinte Fürsorge und Administration ist Gift für unsere Miliztauglichkeit. Als Kommunalpolitikerin habe ich die Erfahrung gemacht, dass die Gemeinden durchaus politisch handlungsfähig sind und auch fähig zu mutigen Lösungen und schnell realisierten Massnahmen, auch wenn ihnen keine Expertengruppen zur Verfügung stehen, auch wenn die Ressourcen knapp und auch wenn die beteiligten Behördenmitglieder nur im Nebenamt tätig sind. Oder vielleicht eben

genau deswegen, weil sie als Milizpolitiker noch näher an den Alltagssorgen der Menschen sind und noch den Sinn für praxistaugliche und kosteneffiziente Massnahmen bewahren konnten.

Besonders ausgeprägt ist dieser Sinn bestimmt bei unseren frisch gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräten. Heute begrüssen wir mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode elf neue Kolleginnen und 34 neue Kollegen. Ich heisse Sie ganz herzlich willkommen und hoffe, dass Sie sich Ihr Erstaunen über unsere manchmal recht komplizierten Verfahren möglichst lange erhalten mögen. Damit stellen Sie nämlich jedes Mal auch die Frage nach der Effizienz unseres Tuns. Wenn ich auf die Herausforderungen der nächsten vier Jahre schaue, denen wir gegenüberstehen, dann brauchen wir effizientes Handeln, welches Raum gibt für grundsätzliche Entscheidungen, welches Prioritäten setzt und nicht Symptombekämpfung betreibt.

In den nächsten vier Jahren wird uns das Thema Finanzen wieder intensiv beschäftigen. Denjenigen, welche meinen, das Gröbste sei hinter uns, der Haushalt sei ausgeglichen ausgefallen, möchte ich in Erinnerung rufen, wie dies zu Stande gekommen ist. Natürlich läuft es gut mit der Konjunktur. Die Arbeitslosigkeit ist wieder auf einem tiefen Stand. Doch schon werden wieder Stimmen laut, die vom Staat eine weitere Erhöhung der Ausgaben fordern, die ihm noch mehr Aufgaben überbürden wollen. Wie schnell haben wir doch die mageren Jahre vergessen. Kaum zwei Jahre der guten Wirtschaftsentwicklung – und der Übermut beginnt sich zu regen. Ich hoffe nicht, dass wir uns schon in der bevorstehenden Legislaturperiode mit dem Problem einer Rezession beschäftigen müssen. Aber diese kommt bestimmt, und wir sollten alles daran setzen, dass wir dann noch Spielräume offen haben, um angemessen zu reagieren. Ein ganz besonderes Thema wird der Steuerausgleich in unserem Kanton werden. Ich hoffe, dass wir uns in den zu erwartenden heftigen Debatten auch darüber klar werden, welche Art von Gemeinwesen wir sein wollen und dass wir uns nicht im Streit um Mittel erschöpfen oder dass wir die Finanzprobleme auf Kantonsebene an die nächste Stufe hinunter delegieren werden.

Sehr häufig werden wir uns auch mit Traktanden aus dem Bildungswesen beschäftigen und dies leider auch in Verbindung mit dem Themenbereich Sicherheit. Die Qualität unserer Schulen und der Ausbildung für unsere Kinder und Jugendlichen war mir immer ein ganz grosses Anliegen. Ich hätte mir aber nie vorstellen können, dass diese Qualität nun dadurch gefährdet wird, dass sich die Schüler auf dem Schulweg und dem Pausenplatz nicht mehr sicher fühlen können oder

dass Lehrpersonen tätlich angegriffen werden. Ich gehe mit jenen einig, die das Problem dafür auf den grossen Werteverlust unserer Gesellschaft zurückführen. Es kann nur angegangen werden, wenn diese Werte wieder einen Platz in unserem täglichen Umgang miteinander finden.

Auch die Luftfahrtpolitik wird uns dieses Jahr verstärkt beschäftigen. Ich habe in den letzten Jahren aus diesen oft sehr emotional geführten Debatten rund um den Flughafen persönlich eines gelernt: Wir können nur dann zu tragfähigen Lösungen kommen, wenn wir zwar unseren Standpunkt vertreten, dabei aber das Ganze nicht aus den Augen verlieren. In der Auseinandersetzung wichtiger Sachfragen soll der Respekt für die andere Meinung nicht verloren gehen, sonst verlieren wir unsere Diskussionskultur, welche die Basis unserer Demokratie darstellt. Der politische Gegner von heute ist der Partner für tragfähige Lösungen von morgen. Das lernt jeder Neueinsteiger in die Politik schnell. Zum Respekt gehört auch das Zuhören können. Gerade dies scheint in diesem Saal nicht immer die höchste Tugend zu sein. Deswegen gehört zur Tradition dieses Hauses auch, dass hier besonders gern ein Zitat von Gottfried Keller wiedergegeben wird:

«Mehr zuhören als reden – solches lehrt schon die Natur.

Sie versah uns mit zwei Ohren, doch mit einer Zunge nur.»

Gottfried Kellers Büste steht vielleicht nur an ihrem Platz, damit wir jeden Tag an seine Worte erinnert werden, denn er stellt über den Monolog den Dialog. Dieses Reden miteinander ist nötig, wenn wir gut zusammenarbeiten wollen und wenn wir im Dienste für den ganzen Kanton tragfähige Lösungen erarbeiten wollen. Die Güte unserer Zusammenarbeit wird von der Bevölkerung sehr genau wahrgenommen. Dürfen wir uns über Politikverdrossenheit und mangelndes Interesse der jungen Generation an unseren Geschäften wundern, wenn wir selber kein gutes Vorbild als engagierte, aber faire Politikerinnen und Politiker abgeben? Ich glaube, dass diese Vorbildfunktion heute wieder gefragt ist, dass wir wieder vermehrt für traditionelle Werte wie Respekt vor dem Gegenüber, Eigeninitiative und Eigenverantwortung, Ehrlichkeit und Offenheit einstehen sollen, auch und im Besonderen in diesem Haus. Toleranz ist gut, Wegschauen, wenn grundlegende Werte verletzt werden, jedoch nicht. Wir müssen diese Werte, welche die Grundlage für unser tägliches Zusammenleben bilden, mutig einfordern, wenn wir sie gefährdet sehen. Wir dürfen hier ruhig auf alte,

bewährte Muster des Zusammenlebens zurückgreifen. Oder anders gesagt, wir sollten an den Stärken unserer Kultur festhalten, um die Probleme der Zukunft besser bewältigen zu können.

Ohne in irgendeiner Weise auf die anstehende Wahl der Vizepräsidentinnen vorgreifen zu wollen, erfüllt es mich als Vertreterin einer traditionsbewussten Partei mit einer gewissen Freude, dass wir für dieses Geschäftsjahr zu der alten Tradition der Geschlechtergleichheit auf dem Bock zurückgekehrt sind. Sie sehen daraus, der Rückgriff auf traditionelle, bewährte Muster kann neu interpretiert durchaus zu modernen Lösungen führen.

Ich wünsche nicht nur den neu gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräten einen kühlen Kopf in den oft hitzigen Debatten und die nötige Weitsicht in politischen Entscheiden. Setzen wir uns für eine realitäts- und bürgernahe Politik ein. Bedenken Sie auch, dass uns nicht die Quantität, sondern die Qualität der Vorstösse voranbringt. Halten wir uns nicht gegenseitig unnötig auf, sondern betreiben wir gemeinsam Politik. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen spannende und fruchtbare politische Arbeit. (*Applaus.*)

Wahl des Vizepräsidiums

Ratspräsidentin Ursula Moor: Gemäss Paragraf 13 des Kantonsratsgesetzes ist geheime Wahl vorgeschrieben.

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die einstimmige Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen

Regula Thalmann, FDP, Uster,

zur Wahl als erste Vizepräsidentin vor.

Ratspräsidentin Ursula Moor: Der Vorschlag wird nicht vermehrt. Die Tür ist zu schliessen.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	175
Eingegangene Stimmzettel	175
Davon leer	14
Davon ungültig	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl	160

Absolutes Mehr	81 Stimmen
Gewählt ist Regula Thalmann mit	150 Stimmen
Vereinzelte	<u>10 Stimmen</u>
Gleich massgebende Zahl von	160 Stimmen

Ratspräsidentin Ursula Moor: Ich gratuliere Regula Thalmann zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihr Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt. Ich bitte Sie, auf dem Stuhl rechts von mir Platz zu nehmen. (*Applaus.*)

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die einstimmige Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen

Esther Hildebrand, Grüne, Illnau-Effretikon,

zur Wahl als zweite Vizepräsidentin vor.

Ratspräsidentin Ursula Moor: Der Vorschlag wird nicht vermehrt. Die Tür ist zu schliessen.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	175
Eingegangene Stimmzettel	173
Davon leer	13
Davon ungültig	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl	159

Absolutes Mehr	80 Stimmen
Gewählt ist Esther Hildebrand mit	128 Stimmen
Vereinzelte	<u>31 Stimmen</u>
Gleich massgebende Zahl von	159 Stimmen

Ratspräsidentin Ursula Moor: Ich gratuliere Esther Hildebrand zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihr Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt. Ich bitte Sie, auf dem Stuhl links von mir Platz zu nehmen. (Applaus.)

Wahl von vier Mitgliedern der Geschäftsleitung als Sekretärinnen und Sekretäre

Ratspräsidentin Ursula Moor: Diese Wahl kann offen durchgeführt werden. Sie sind damit einverstanden.

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor

Bernhard Egg, SP, Elgg

Katrin Jaggi, SP, Zürich

Jürg Leuthold, SVP, Aeugst a. A.

Jürg Trachsel, SVP, Richterswil.

Ratspräsidentin Ursula Moor: Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Sekretärinnen und Sekretäre sowie als Mitglieder der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere Ihnen zur ehrenvollen Wahl und wünsche Ihnen Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt. (Applaus.)

Wahl von acht Mitgliedern der Geschäftsleitung

Ratspräsidentin Ursula Moor: Diese Wahl kann offen durchgeführt werden. Sie sind damit einverstanden.

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor

Stefan Dollenmeier, EDU, Rüti

Lucius Dürr, CVP, Zürich

Esther Guyer, Grüne, Zürich

Alfred Heer, SVP, Zürich

Ruedi Lais, SP, Wallisellen

Peter Reinhard, EVP, Kloten

Beat Walti, FDP, Zollikon

Thomas Weibel, GLP, Horgen.

Ratspräsidentin Ursula Moor: Werden die Vorschläge vermehrt? Dies ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere ihnen zur ehrenvollen Wahl und wünsche ihnen Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Erwahrung der Ergebnisse der Erneuerungswahl der Mitglieder des Kantonsrates vom 15. April 2007 für die Amtsdauer 2007 – 2011

Antrag des Regierungsrates vom 9. Mai 2007, [4405](#)

Ratspräsidentin Ursula Moor: Das Wort wird nicht gewünscht. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Sie haben somit die Erwahrung der Ergebnisse beschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Ablegung des Amtsgelübdes durch die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates

Ratspräsidentin Ursula Moor: Gemäss Paragraf 4 des Kantonsratsgesetzes haben sich die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates durch das Amtsgelübde an ihre Pflichten zu binden. Nicht anwesende Ratsmitglieder haben das Amtsgelübde später oder in schriftlicher Form abzulegen. Um die Anwesenheit zu kontrollieren, müssen wir einen Namensaufruf durchführen. Die Tür ist zu schliessen.

Anwesend sind folgende 174 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Angelsberger Barbara (FDP, Urdorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bättig Michèle (GLP, Zürich); Berger Antoine (FDP, Kilchberg); Bernasconi Susanne (FDP, Zürich); Bischoff Markus (AL, Zürich); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Bucher Heidi (Grüne, Zürich); Büchi Renate (SP, Richterswil); Burger Andreas (SP, Urdorf); Burlet Marcel (SP, Regensdorf); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); Büttikofer Kaspar (AL, Zürich); Cornaz Jean-Luc (FDP, Winkel); de Mestral Yves (SP, Zürich); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Derisiotis Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürri Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Egli Hans (EDU, Steinmaur); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Erdin Andreas (GLP, Tann); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Federer Andreas (CVP, Thalwil); Ferro Ornelia (Grüne, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Frehsner Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Ruth (SVP, Gibswil); Galladé Nicolas (SP, Winterthur); Gambacciani Claudia (Grüne, Zürich); Geilinger Martin (Grüne, Winterthur); Gerber Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Regula (SP, Kloten); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Gubler Lars (Grüne, Uitikon); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Gutmann Eva (GLP, Zürich); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hans Urs (Grüne, Turbenthal); Hardegger Thomas (SP, Rümlang); Häring Hans Peter (EDU, Wettswil a. A.);

Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Hübscher Lilith C. (Grüne, Winterthur); Isler René (SVP, Winterthur); Isliker Walter (SVP, Zürich); Jaggi Katrin (SP, Zürich); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Jenny Rolf (SVP, Herrliberg); Johner Brigitta (FDP, Urdorf); Jositsch Daniel (SP, Stäfa); Kappeler Thomas (CVP, Zürich); Keller Ueli (SP, Zürich); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Krebs Stefan (SVP, Pfäffikon); Kübler Ulrich (SVP, Männedorf); Kübler Thomas (FDP, Uster); Kuhn Regula (SVP, Illnau-Effretikon); Kull Katharina (FDP, Zollikon); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Kutter Philipp (CVP, Wädenswil); Kyburz Heinz (EDU, Oetwil a. S.); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Landolt Maleika (GLP, Zürich); Läubli Hans (Grüne, Affoltern a. A.); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Leiser Brigitta (CVP, Regensdorf); Leuch Kurt (EVP, Oberengstringen); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a. A.); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Maeder Karin (SP, Rüti); Maier Thomas (GLP, Dübendorf); Manser Emil (SVP, Winterthur); Margreiter Ralf (Grüne, Oberrieden); Marty Robert (FDP, Affoltern a. A.); Meier Katrin S. (SP, Zürich); Meier Hans (GLP, Glattfelden); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Moor Ursula (SVP, Höri); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Walter (SVP, Pfungen); Müller Lisette (EVP, Knonau); Naef Martin (SP, Zürich); Okopnik Françoise V. (Grüne, Zürich); Pinto Jean-Philippe (CVP, Volketswil); Portmann Hans-Peter (FDP, Thalwil); Preisig Peter (SVP, Hinwil); Prelicz Katharina (Grüne, Zürich); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Rickli Natalie (SVP, Winterthur); Rihs Susanne (Grüne, Glattfelden); Ritschard Peter (EVP, Zürich); Roesler Peter (FDP, Greifensee); Rohweder Maria (Grüne, Uetikon a. S.); Roth Luca (GLP, Winterthur); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Rusca Susanna (SP, Zürich); Sauter Regine (FDP, Zürich); Schaub Cornelia (SVP, Zürich); Scherrer Werner (FDP, Bülach); Scherrer Benno (GLP, Uster); Schmid Lorenz (CVP, Männedorf); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schneebeili Jakob (SVP, Affoltern a. A.); Seiler Priska (SP, Kloten); Seiz Silvia (SP, Zürich); Serra Jorge (SP, Winterthur); Simioni Anita (FDP, Andelfingen); Späth Markus (SP, Feuerthalen); Sprecher Andrea (SP, Zürich); Spring Monika (SP, Zürich); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Steiner Silvia (CVP, Zürich); Steiner Rolf (SP, Dietikon); Stiefel Beat (SVP, Egg); Stocker

Ernst (SVP, Wädenswil); Strahm Hedi (SP, Winterthur); Stutz Inge (SVP, Marthalen); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thalmann Regula (FDP, Uster); Thomet Corinne (CVP, Kloten); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Torp Eva (SP, Hedingen); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Uhlmann Peter (SVP, Dinhard); Vieli Natalie (Grüne, Zürich); Vogel Thomas (FDP, Effretikon); Vohdin Christopher (SVP, Zürich); Walker Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Walther Rolf (FDP, Zürich); Walti Beat (FDP, Zollikon); Weber Peter (Grüne, Wald); Weber Theresia (SVP, Uetikon a. S.); Weibel Thomas (GLP, Horgen); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Welz Michael (EDU, Oberembrach); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wirth Thomas (GLP, Hombrechtikon); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Zaugg Marlies (FDP, Richterswil); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziegler Thomas (EVP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil); Züllig Hansueli (SVP, Zürich).

Abwesend sind folgende 6 Ratsmitglieder:

Badertscher Beat (FDP, Zürich); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Petri Gabi (Grüne, Zürich); Siegenthaler Rolf André (SVP, Zürich).

Ratspräsidentin Ursula Moor: Ich stelle fest, dass alle Mitglieder des Regierungsrates anwesend sind.

Die Anwesenden im Ratssaal und auf der Tribüne erheben sich.

Ratssekretär Jürg Leuthold verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volks zu schützen und die Einheit und Würde des Staats zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Alle anwesenden Ratsmitglieder und Mitglieder des Regierungsrates: Ich gelobe es.

Ratspräsidentin Ursula Moor: Nach dem Amtsgelübde pflegt sich die Regierung zu ihrer konstituierenden Sitzung zurückzuziehen. Ich wünsche ihr dabei eine glückliche Hand.
Die Tür kann geöffnet werden.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Ursula Moor: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf 3 Anfragen zugestellt. KR-Nrn. [49/2007](#), [68/2007](#), [85/2007](#).

Zuweisung von neuen Vorlagen

- *Zuweisung an eine Spezialkommission*
Gesetzesänderungen zur Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, NFA, im Kanton Zürich, [4392](#), [4393](#), [4394](#), [4395](#), [4396](#), [4397](#), [4398](#)

Ratspräsidentin Ursula Moor: Die Spezialkommission wird 15 Mitglieder gemäss Paragraf 65 des Geschäftsreglements aufweisen. Die Wahl des Präsidiums und der Mitglieder der Spezialkommission obliegt der Geschäftsleitung. Sie gibt die Namen der Gewählten dem Rat in der nächsten Sitzung bekannt, was im Protokoll festgehalten wird.

Vorstösse, bei welchen die erstunterzeichnete Person auf das Ende der Legislatur 2003 – 2007 aus dem Rat ausgeschieden ist

Ratspräsidentin Ursula Moor: Mit dem letzten Versand haben Sie eine Liste der Vorstösse erhalten, bei welchen die erstunterzeichnete Person auf das Ende der Legislatur 2003 bis 2007 aus dem Rat ausgeschieden ist. Gemäss Paragraf 50 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Kantonsrates kann ein Mitglied des Rates eine Parlamentarische Initiative, eine Motion oder ein Postulat in den ersten vier Sitzungen, die auf das Ausscheiden der erstunterzeichneten Person folgen, aufnehmen. Ratsmitglieder, welche einen dieser Vorstösse aufnehmen wollen, haben dies bis zum 25. Juni 2007 dem Ratssekretariat schriftlich mitzuteilen. Ich hoffe, es sind nicht allzu viele.

Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

– Protokoll der 212. Sitzung vom 14. Mai 2007, 8.15 Uhr.

5. Risiken für Reputationen der ZKB

Postulat Ruedi Lais (SP, Wallisellen) und Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich) vom 7. Mai 2007

[KR-Nr. 127/2007](#), Antrag auf Dringlichkeit

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Nach den Vorfällen der letzten Zeit ist es leicht, die Redezeit von zwei Minuten einzuhalten, um die Dringlichkeit einer Debatte über die Rolle der Zürcher Kantonalbank (ZKB) des Kantonsrates und der Richtlinien, die uns verbinden, nachdem wir sie vor kurzer Zeit genehmigt haben, zu führen.

Es ist angezeigt, diese Debatte rasch zu führen, denn der Bankrat tritt zusammen, um selber seine freiwilligen Massnahmen zu debattieren. Wir sollten da nicht zurückstehen. Es darf nicht sein, dass eine Einwegkommunikation stattfindet, bei der der Bankratspräsident hierher kommt und uns erzählt, was im Bankrat läuft, wir aber keine Inputs an den Bankrat formulieren dürfen. Wir sind der Meinung, dass diese Debatte rasch zu führen ist. Es ist auch noch zu berücksichtigen, dass unsere neu zu konstituierende Aufsichtskommission, die diese Debatte selbstverständlich ganz intensiv mitführen muss, erst in einigen Wochen handlungsfähig sein wird. Dann sollten wir den Bericht des Bankrates zu den von uns geforderten Änderungen an den Richtlinien bereits vorliegen haben. Dann können wir auch entscheiden, ob es allenfalls sogar Gesetzesänderungen braucht, wie von einigen Fraktionen bereits angeregt.

Wir bitten um Zustimmung, innerhalb der nächsten paar Wochen eine ZKB-Debatte zu führen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Die Erklärung der Dringlichkeit ist ein politisches Signal, nämlich dass wir als Vertreter des Volks, das der Eigentümer der Bank ist, handeln wollen und müssen. Eine erste Lagebeurteilung wurde gemacht und hat aufgezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Mit diesem Postulat erreichen wir zu hören, wie der Handlungsbedarf aussieht und was die Bank gedenkt zu tun, um das Image, das sehr wichtig ist, zu stärken. Es kann nicht sein, dass diese

Bank wieder für Monate und Jahre in den Schlagzeilen ist. Die Bank hat gut gearbeitet und verdient das Vertrauen. Massnahmen, die dafür erwogen werden, können helfen.

Die Dringlichkeit ist auch eine Stärkung des Bankrates und ihres Präsidenten, der seinen Job gut und umsichtig macht. Ich betone das hier. Er bekommt von uns den Auftrag, weiterzufahren.

Ich bitte Sie, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Heidi Bucher (Grüne, Zürich): Neben der Notwendigkeit einer ZKB-Debatte gibt es auch inhaltliche Gründe, die für die Dringlichkeit sprechen. Die ZKB hat unverzüglich Massnahmen in die Wege zu leiten, die einen weiteren Skandal nach dem Strickmuster «ZKB – Sulzer» verhindern soll. Es ist nötig, dass diese Forderung von allen möglichen Seiten an die Bank herangetragen wird: von den Kunden und Kundinnen, von den Bankorganen, insbesondere dem Bankrat, aber auch von der kantonsrätlichen Aufsichtskommission, der neu zu gründenden Kommission über die wirtschaftlichen Unternehmen. Es hat aber auch der Regierungsrat laut und klar zu appellieren, dass etwas zu geschehen hat.

Wir bitten Sie um die Unterstützung der Dringlichkeit.

Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg): Sie verlangen jetzt eine dringliche ZKB-Diskussion. Jetzt steht aber zur Debatte, ob Ihre materiellen Forderungen dringlich sind. Diese sind nicht dringlich. Es ist keine Dringlichkeit, da bereits das eidgenössische Börsengesetz mit der Offenlegungsfrist verdeckte Operationen verbietet. Es ist keine Dringlichkeit gegeben, da bereits das eidgenössische Geldwäschereigesetz, die EBK-Verordnung dazu und die Standesregeln Geschäfte mit unklaren und bedenklichen Geldern verbietet. Es ist keine Dringlichkeit gegeben, da bereits die von der EBK auferlegten und geprüften Geschäfts- und Kompetenzreglemente dem Aufsichtsorgan die Reputationssorgfaltspflicht sowie die Risikoprüfung übertragen. Es ist keine Dringlichkeit gegeben, es ist sogar absurd, das Umgehen von Gesetzen in einem Reglement zu fordern. Es ist selbstverständlich, dass es verboten ist, Gesetze zu umgehen. Den materiellen Unsinn und die negativen Auswirkungen solcher staatlicher Einmischung ins operative Geschäft werden wir mit der Vorstossdebatte erläutern. Unterstützen Sie unsere Vorstösse zur ZKB von heute (147/2007, 148/2007), dann tun Sie etwas zur Risikolimitierung.

Für die FDP-Fraktion ist die Dringlichkeit nicht gegeben, weil die geforderten Richtlinien für eine bankinterne Umsetzung der im Postulat ausgeführten Geschäftstätigkeiten bereits übergeordnet auf nationaler Gesetzesebene gemacht sind.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion wird die Dringlichkeit unterstützen. Wir sind allerdings dankbar, dass der Bankratspräsident hier bereits aufgezeigt hat, dass er handeln will und dass Massnahmen in Vorbereitung sind. Das ist anerkennenswert. Trotzdem sind wir für Dringlichkeit, weil wir der Meinung sind, es sei eine politische Frage. Ich muss meinem Vorredner sagen: Sie können sich noch lange hinter formalistischen Argumentarien verschliessen. Wesentlich ist nun aber, ob Sie politisch hier drinnen handeln und nicht, ob Sie formalistisch handeln. Die Bevölkerung will hier eine politische Aussage. Das hat überhaupt nichts mit operativem Geschäft zu tun. Wir wollen wissen, was die Bank strukturell unternimmt, um solches in Zukunft zu verhindern.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Wir nehmen wie folgt zur Dringlichkeit Stellung. Heidi Bucher, die Zürcher Kantonalbank wurde gegen den Willen der Zürcher Regierung durch den Kantonsrat gegründet. Es handelt sich um eine Parlamentsbank. Der Kantonsrat steht in der alleinigen Verantwortung. Die Regierung hat gar nichts zur ZKB zu sagen. Das Mittel des Postulats ist in den Paragraphen 22 bis 24 des Kantonsratsgesetzes geregelt. Für ein Postulat an den Bankrat fehlt die gesetzliche Grundlage. Es trifft zwar zu, dass dieses ungesetzliche Vorgehen in der Vergangenheit gewählt wurde. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass ein Postulat ungesetzlich ist. Will man ein Postulat an den Bankrat zulassen, müsste der Kantonsrat dazu das Kantonsratsgesetz ändern. Der Kantonsrat kann den Regierungsrat nicht in einer Angelegenheit zum Handeln auffordern, welche in die alleinige Kompetenz des Kantonsrates fällt. Der Bankrat wird durch den Kantonsrat nominiert und gewählt. Will man Änderungen durchsetzen, so kann dies entweder im direkten Gespräch mit seinen Vertretern im Bankrat erfolgen oder aber über eine Parlamentarische Initiative. Die SVP hat anlässlich der Diskussion über die Boni der Bankräte erfolgreich den Weg der Parlamentarischen Initiative gewählt.

Wir können unsere Verantwortung für die Kantonalbank nicht delegieren. Weder sollten wir den Regierungsrat als Briefträger missbrauchen noch sollten wir Postulate an den Bankrat stellen, welchen wir

wählen und notabene auch mittels einer Kommission beaufsichtigen. Das Einbringen eines Postulats an den Bankrat ist nichts anderes als eine kantonsrätliche Kapitulationserklärung. Haben wir kein Vertrauen in unsere Aufsichtskommission oder gar in den von uns gewählten Bankrat? Die SP stellt vier, die Grüne Partei zwei von 13 Mitgliedern im Bankrat. Wenn wir davon ausgehen – das dürfen wir jetzt –, dass auch EVP und CVP für die Dringlichkeit stimmen werden, so sollten Sie acht von 13 Mitgliedern für Ihr Anliegen hinter sich haben. Der Bankrat könnte also Ihre Forderungen, ob überflüssig oder nicht, zügig umsetzen. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 73 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Das Postulat ist als dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat dazu innert vier Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Hochschule für Heilpädagogik

Postulat Claudio Schmid (SVP, Bülach), Esther Guyer (Grüne, Zürich) und Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf) vom 14. Mai 2007
[KR-Nr. 141/2007](#), Antrag auf Dringlichkeit

Claudio Schmid (SVP, Bülach): Wir möchten mit dieser Dringlichkeit sicherstellen, dass die Planung des neuen Standorts der Pädagogischen Hochschule nicht ohne Integration der Hochschule für Heilpädagogik, die HfH, erfolgt. Unserer Ansicht nach gehört diese Fachhochschule ebenfalls dorthin. Materiell werden wir uns zu einem späteren Zeitpunkt damit auseinander setzen.

Karin Maeder (SP, Rüti): Die SP unterstützt die Dringlichkeit dieses Postulats nicht. Dieses Anliegen soll unserer Meinung nach geprüft werden, aber seriös. Deshalb haben wir vor einer Woche eine Anfrage zum gleichen Thema eingereicht, die Fragen im Zusammenhang mit einer möglichen Integration der Hochschule für Heilpädagogik in die Pädagogische Hochschule stellt. Eine solche Integration braucht Zeit

und muss gut vorbereitet sein, zumal es sich nicht um ein Thema handelt, das nur den Kanton Zürich betrifft. Die Hochschule für Heilpädagogik ist eine Konkordatsschule, die nicht von heute auf morgen aufgelöst werden kann. Die Kantone, welche da mit dabei sind, haben eine Kündigungsfrist von drei Jahren. Also von Dringlichkeit ist hier keine Rede.

Ich bitte Sie, die Dringlichkeit nicht zu unterstützen.

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): Von der Vorschulstufe bis zur Sekundarstufe soll künftig die Lehrerbildung im Sihlpostareal zentralisiert werden. Die Hochschule für Heilpädagogik, von der aus immer wieder wertvolle Impulse für die Lehrerbildung ausgegangen sind, soll aber weiterhin ausserhalb des neuen Campus bleiben. Die EVP fände es zweckmässig, wenn eine Integration der HfH ins Konzept der zentralen Lehrerbildung möglichst rasch geprüft würde.

Deshalb sind wir für die Dringlichkeit des vorliegenden Postulats.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Es ist schon erstaunlich, wenn ausgerechnet die SP hier als Bremser auftritt. Es ist genau jetzt der Moment. Die Fragen, die Sie gestellt haben, können auch im Rahmen des Postulats geprüft werden. Es ist genau jetzt und heute der richtige Moment, diese Dringlichkeit zu unterstützen und nachher hoffentlich auch das Postulat, weil die Planung vorwärts gehen muss. Da kann man nicht zwei Jahre warten, wenn man einen Campus plant.

Ich bitte Sie, uns bei der Dringlichkeit zu unterstützen.

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 121 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Das Postulat ist als dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat dazu innert vier Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

Erklärung der SVP-Fraktion zum Thema «Bürger in die Irre geleitet»

Alfred Heer (SVP, Zürich): «Bürger in die Irre geleitet», so lautete der Titel unserer Fraktionserklärung vom 26. März 2007. Dazu war ein Kommentar im Tages-Anzeiger an besagtem Datum, welcher mit diesem Titel versehen war. Der betreffende Journalist des Tages-Anzeigers hat in hinterhältiger Art und Weise einen «Fertigmacher-Artikel» der übelsten Sorte und einen ebenso miesen Kommentar über Regierungsrätin Rita Fuhrer veröffentlicht, dies notabene drei Wochen vor den Wahlen.

In unserer Fraktionserklärung haben wir darauf hingewiesen, dass wir eine vollumfängliche Aufklärung durch die Geschäftsprüfungskommission falls immer möglich noch vor den Wahlen wünschen, damit der Bürger tatsächlich nicht in die Irre geleitet wird. Die Aufklärung ist leider nicht mehr vor den Wahlen erfolgt. Die Resultate wurden durch die Geschäftsprüfungskommission letzte Woche präsentiert. Die Vorwürfe gegen Regierungsrätin Rita Fuhrer erwiesen sich als haltlos. Auch wenn der Tages-Anzeiger seine Sicht der Dinge nun geändert hat, bleibt anzumerken, dass dieser das Volk mit dem tendenziösen Artikel vom 26. März 2007 in die Irre geleitet hat. Es wäre wohl vom Tages-Anzeiger zu viel verlangt, wenn er sich bei Regierungsrätin Rita Fuhrer, SVP-Mitglied, entschuldigen würde. Vielleicht sollte sich aber der Tages-Anzeiger für seine Irreführung bei seinen Leserinnen und Lesern entschuldigen!

Wir sind es uns gewohnt, dass die SVP im Allgemeinen und deren Exponenten im Besonderen vom Tages-Anzeiger hart attackiert werden. Vielfach geschieht dies unter dem Mantel eines Brennpunktartikels oder Kommentars so wie heute, bei welchem man bewusst um keine Stellungnahme nachfragen muss. Wir haben gegen sachliche Kritik nichts einzuwenden. Wenn aber Artikel zusammengezimmert, Tatsachen verdreht und falsche Behauptungen abgedruckt werden, so müssen wir uns fragen, ob es einigen politisierenden Journalisten des Tages-Anzeigers lediglich darum geht, «die Drecksarbeit für die denkfaule Funktionärspartei», Zitat alt-Nationalrat Franco Cavalli, zu erledigen. SP-Präsident Hansjörg Fehr hat gefordert, dass die SP lauter und frecher werden müsse. Nun, wir müssen festhalten, dass ein Funktionär der SP in diesem Saal vor den Wahlen laut und frech gerufen hat: «Frau Fuhrer, es reicht!» Laut und frech war die SP also schon immer. Dabei spielt es der Funktionärspartei offensichtlich keine Rolle, ob die Fakten auch stimmen. Man politisiert nach dem Motto «Ver-

leumdung musst du frech betreiben, es wird schon etwas haften bleiben». Die Quittung für Ihre substanzlose und nur gegen die SVP gerichtete Politik haben Sie an der Urne erhalten, weshalb wir heute von unseren Sitzen auf gelichtete SP-Reihen blicken dürfen.

Fraktionserklärung der Grünen zu den Freiluftversuchen von Genweizen der ETH und der Uni Zürich

Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden): Nach 2004 ist es wieder so weit, ETH und Uni Zürich wollen Feldversuche mit gentechnisch verändertem Weizen auf Versuchsfeldern im Reckenholz und in Lindau durchführen. Wir Grünen sehen diesen Versuchen mit grosser Skepsis entgegen, bedeuten sie doch ein irreversibles Risiko für die Umwelt und die Gesundheit von Mensch und Tier und einen weiteren Schritt weg von der naturnahen Landwirtschaft. Noch viel empörter sind wir darüber, dass der Nationalfonds in seinem Forschungsprogramm offenbar ausgerechnet diejenige Forschergruppe nicht berücksichtigen will, welche die noch offenen Fragen rund um die Risiken und Nebenwirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen beantworten wollte. Dabei hat das Moratorium genau diese Zielsetzung. In einer bisher noch nie da gewesenen Gesamtheit wollte diese Forschergruppe um die international anerkannte Risikoforscherin Angelika Hilbeck Zusammenhänge und Kreisläufe rund um die Gentechnologie anschauen; dies zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt und nicht zuletzt zu Gunsten unseres Forschungsstandorts Schweiz und unseres Kantons.

Im Jahr 2005 haben alle Kantone in der Schweiz die Gentechfrei-Initiative angenommen. Mit ihrem Ja haben Schweizerinnen und Schweizer klar gemacht, dass sie eine naturnahe Landwirtschaft, gentechfreie Nahrungsmittel essen und nicht als Versuchskaninchen für die Gentechnologie herhalten wollen. Diese Anliegen können dem Kanton Zürich als Standortkanton von ETH und Uni Zürich nicht gleichgültig sein.

Wir fordern deshalb vom Regierungsrat, dass er die gentechfreie Qualitätsstrategie in der Landwirtschaft konsequent unterstützt, dass er sich für einen gentechfreien Kanton Zürich einsetzt und die Entwicklung von Saatgut für eine gentechfreie Landwirtschaft fördert.

Wir Grünen fordern die Politikern und Politikerinnen auf, vor all den fragwürdigen Feldversuchen darüber nachzudenken, ob es ethisch wirklich verantwortbar ist, Lebewesen unwiderruflich zu verändern.

Verschiedenes

Konstituierung des Regierungsrates für die Amtsdauer 2007 bis 2011

Ratspräsidentin Ursula Moor verliest ein Schreiben des Regierungsrates: «Wir bringen Ihnen zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Direktionen für die Amtsdauer 2007 bis 2011 wie folgt besetzt hat:

- Direktion der Justiz und des Innern, Vorsteher Markus Notter, Stellvertreterin Ursula Gut-Winterberger
- Sicherheitsdirektion, Vorsteher Hans Hollenstein, Stellvertreterin Rita Fuhrer
- Finanzdirektion, Vorsteherin Ursula Gut-Winterberger, Stellvertreter Hans Hollenstein
- Volkswirtschaftsdirektion, Vorsteherin Rita Fuhrer, Stellvertreter Thomas Heiniger
- Gesundheitsdirektion, Vorsteher Thomas Heiniger, Stellvertreterin Regine Aepli
- Bildungsdirektion, Vorsteherin Regine Aepli, Stellvertreter Markus Kägi
- Baudirektion, Vorsteher Markus Kägi, Stellvertreter Markus Notter.

Ferner bitten wir Sie, davon Kenntnis zu nehmen, dass der Regierungsrat für das Amtsjahr 2007/2008 zu seiner Präsidentin, Regierungsrätin Rita Fuhrer, und zu seinem Vizepräsidenten, Regierungsrat Markus Notter, gewählt hat. Die am 15. April 2007 neu zu Mitgliedern des Regierungsrates gewählten Markus Kägi und Thomas Heiniger treten ihr Amt heute an.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates: die Präsidentin Rita Fuhrer, der Staatsschreiber Beat Husi.»

Kantonsratswein

Ratspräsidentin Ursula Moor: Es besteht die schöne Tradition, dass der jeweilige Kantonsratspräsident oder die Kantonsratspräsidentin einen Rot- und einen Weisswein als Kantonsratswein auswählt. Ich habe das Angebot mit dem Perlwein «Volgaz» ergänzt. Diese Weine werden bei den Apéros und bei offiziellen Anlässen ausgeschenkt.

Der Rotwein «Winterthur Goldenberg, 2005», ein Blauburgunder, stammt aus eigener Reblage im Zentrum von Winterthur der VOLG-Weinkellereien – Winterthur, die Stadt, in der ich aufgewachsen bin, und mein Vater während Jahren beim Wümmet des Goldenbergers mitgeholfen hat. Der Weisswein «Hüntwangen Gruebewy», ein feinfruchtiger, würziger Riesling×Sylvaner 2005 wächst an der Südlage der rekultivierten Kiesgrube von Hüntwangen im schönen Zürcher Unterland, meinem Wahlbezirk. «Volgaz», der Perlwein der VOLG-Weinkellereien, ist eine Erfolgsgeschichte. 1997 erstmals gekeltert erfreut er sich immer grösserer Beliebtheit. Warum also nicht auch den Kantonsrat? Ein Blick auf die Weinflaschen mit dem schönen Druck unseres Höremer Wahrzeichens, dem alten Schul- und Gemeindehaus, lohnt sich.

Nun möchte ich Sie nicht mehr länger auf die Folter spannen und lade Sie alle herzlich zum Apéro in den Festsaal ein. Dort werden Sie von den Landfrauen des Bezirks Bülach empfangen und mit Broten aus den eigenen Backöfen und Spezialitäten des Zürcher Unterlands verwöhnt.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Limitierung der Staatsgarantie im Kantonalbankgesetz**
Motion Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil)
- **Bewertung der Staatsgarantie für die ZKB**
Postulat Barbara Angelsberger (FDP, Urdorf)
- **Zürcher Standortfaktor-Index: Transparente Grundlagen für eine nachhaltige Standortstrategie**
Postulat Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden)
- **Abschaffung des 1. Mai als kantonaler Feiertag**
Parlamentarische Initiative Alfred Heer (SVP, Zürich)
- **Standesinitiative für eine Ausgestaltung der Parkierungsvorschriften ohne Benachteiligung von Menschen mit Mobilitätsbehinderung**
Parlamentarische Initiative Regine Sauter (FDP, Zürich)
- **Pauschalbesteuerung: Bewilligung und Überprüfung**
Anfrage Markus Bischoff (AL, Zürich)
- **Evaluation des Englischunterrichts an der Primarschule**
Anfrage Thomas Ziegler (EVP, Elgg)

- **Beurteilung der Rechtsform für die ZKB**
Postulat *Beat Walti* (FDP, Zollikon)

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Zürich, 21. Mai 2007

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 11. Juni 2007.